



Michael Kauch, MdB
Sprecher für Umweltpolitik
sowie Palliativ- und Transplantationsmedizin,
Vorsitzender des Bundesausschusses Soziales der FDP

Inhalt dieses Newsletters

- 1) Kauch: Strafrecht zur Sterbehilfe reicht aus**
- 2) Fortschritte beim G8-Klimaschutz / Kauch leitet Delegation**
- 3) Untätigkeit und Abzocke im zweiten Klimapaket der Bundesregierung**
- 4) Kauch erreicht Bundestagsbeschluss zu Klima-Investitionen in Entwicklungsländern**
- 5) FDP fordert klimaverträgliche Kohlenutzung**
- 6) Michael Kauch auf Sommertour durch das Ruhrgebiet**
- 7) Aktuelle Pressemitteilungen**

1) Kauch: Strafrecht zur Sterbehilfe reicht aus

Der Bundesrat hat in einer seiner letzten Sitzungen vor der Sommerpause über das strafrechtliche Verbot von so genannten Sterbehilfeorganisationen diskutiert. Dabei vertrat Michael Kauch für die FDP-Bundestagsfraktion die Auffassung, dass die Gesetzesinitiative der Länder Bayern und Baden-Württemberg auch nach einer Überarbeitung nicht zustimmungsfähig sind. Dies entspricht auch der Linie der FDP-Bundespartei. Denn die Strafbarkeit würde nach der Initiative kein gewerbsmäßiges oder gewinnorientiertes Handeln erfordern. Schon organisiertes Handeln soll zur Strafbarkeit führen. Im Bundesrat wird die Debatte im Bundesrat nun weitergeführt. Im Einvernehmen mit der Bundestagsfraktion tragen die Länder NRW und Niedersachsen höchstens einen Straftatbestand zur gewerbsmäßigen Suizid-Beihilfe mit.

Eigentlich wäre aber auch dies nicht erforderlich. Im Strafgesetzbuch ist bereits klar geregelt, dass die aktive Sterbehilfe strafbar ist. Weitere Strafvorschriften laufen bei allen bisher diskutierten Fällen ins Leere. Wenn sich mehrere Bundesländer nun vom Handeln eines gescheiterten Politikers wie Roger Kusch zu symbolischen Strafverschärfungen drängen lassen, dann ist das

nicht sachgerecht. Denn solange er sein zweifelhaftes Handeln als Einzelperson durchführt, wäre es auch nach dem Entwurf der beiden Länder straffrei. Getroffen würden aber möglicherweise Organisationen, die uneigennützig schwerstkranke und sterbende Patienten beraten.

2) Fortschritte beim G8-Klimaschutz / Kauch leitet Delegation



Michael Kauch beim gemeinsamen Besuch aller Delegationsleiter mit dem japanischen Premierminister Fukuda

Im Juni fand in Tokio als Abschluss des Gleneagles-Klimadialogs der G8 die Konferenz der Umwelt-Parlamentarier-Organisation GLOBE statt. Michael Kauch leitete die deutsche Delegation. Vertreten waren Abgeordnete aus den G8-Staaten und den fünf großen Schwellenländern. Die Umweltpolitiker forderten den G8-Gipfel, der wenige Tage später stattfand, zu einer Entscheidung über ein langfristiges Klimaschutzziel auf. Mit Ausnahme der chinesischen Delegation befürworteten alle Delegationen ein CO₂-Reduktionsziel von 50 Prozent für 2050 im Vergleich zu 1990. Als erfreulich sah es Michael Kauch an, dass insbesondere in den USA und in Japan nunmehr ein klarer Politikwechsel erkennbar ist.

Die G8+5-Parlamentarier forderten weiter bindende Reduktionsziele für die Industrieländer - auch mit Zwischenzielen etwa für 2020. Erstmals stimmte auch die chinesische Delegation einer Formulierung zu, dass die Klimaschutz-Aktionspläne der Schwellenländer alle fünf Jahre ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten angepasst werden sollen. Dadurch könnte langfristig die strikte Trennung von Industrie- und Entwicklungsländern aufgehoben werden. Die Emissionshandelssysteme der EU, der USA, Australiens und anderer Industrieländer sollen verlinkt werden. Ziel ist ein globaler Kohlenstoffmarkt. Der Clean Development Mechanismus für Klimaschutzinvestitionen im Ausland soll ausgebaut werden. Die Schwellenländer sollen zudem durch einen Technologiefonds beim Klimaschutz unterstützt werden. Als wichtigen Baustein einer Technologiepolitik wird neben dem Ausbau erneuerbarer Energien die CO₂-Abscheidung bei Kohlekraftwerken hervorgehoben. Der Schutz der Wälder als Kohlenstoff-Senken soll forciert werden, insbesondere durch Maßnahmen gegen den illegalen Holzeinschlag.

3) Untätigkeit und Abzocke im zweiten Klimapaket der Bundesregierung

Das Bundeskabinett hat vor der parlamentarischen Sommerpause ein zweites Klimapaket verabschiedet, wird aber die selbst gesteckten Klimaziele nicht erreichen können. Insbesondere die vorgesehene Altbausanierung zur CO₂-Einsparung erhält keine ausreichenden Anreize. Die Koalition zeigte sich unfähig, sich auf ein klimafreundliches Mietrecht zu einigen. Vermieter haben weiterhin zu wenig Anreize, in langfristig sinnvolle Energieeinsparungen zu investieren. Die Erhöhung der Lkw-Maut ist hingegen Abzocke unter dem Vorwand von Klimaschutz. Statt ökologisch umzuschichten, erhöht der Staat seine Einnahmen. Die Zeche zahlt letztlich der Verbraucher. Dagegen hat die Koalition nicht die Kraft gehabt, sich auf ein Modell für die Kfz-Steuer zu einigen, monierte Michael Kauch.

4) Kauch erreicht Bundestagsbeschluss zu Klima-Investitionen in Entwicklungsländern

Mit einem gemeinsamen Antrag zu CDM (Clean Development Mechanism) haben FDP, CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag ein Bekenntnis für internationale Klimaschutzprojekte abgegeben und gleichzeitig deren Reformbedarf hinsichtlich der UN-Kriterien bekräftigt. Nur die Linke blieb bei ihrer Totalablehnung. Im Rahmen von CDM sind CO₂-Einsparungen durch Projekte in Entwicklungsländern bei Reduktionsverpflichtungen in den

Industriestaaten anrechenbar. Grundlage der interfraktionellen Initiative war ein Antrag, den Michael Kauch für die FDP-Bundestagsfraktion erarbeitet hatte. Der gemeinsame Antrag enthält dementsprechend zentrale Forderungen der FDP. „Mehr CDM, also mehr Klimaschutzprojekte in den Entwicklungs- und Schwellenländern, kann dazu beitragen, ambitionierte Klimaschutzziele global zu erreichen – wenn man es richtig macht“, sagte Michael Kauch bei der abschließenden Beratung im Deutschen Bundestag.

5) FDP fordert klimaverträgliche Kohlenutzung

Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages debattierte jüngst kontrovers über die CO₂-Abscheidung von Kohlekraftwerken. Dabei disqualifizierten sich vor allem Grüne und Linke mit ihren Positionen. Statt sich konstruktiv in den europäischen Gesetzgebungsprozess einzubringen, torpedieren sie die klimafreundliche Abscheidung und Einlagerung des CO₂. Weil sie die Kohle verteufeln, wollen sie keine Umweltfortschritte bei dieser Technik. Die FDP-Fraktion ist dagegen der Auffassung, dass die Kohlenutzung klimaverträglich gemacht werden muss. Denn in den nächsten Jahrzehnten kann auf sie nicht vollständig verzichtet werden. Vor allem aber werden Schwellenländer wie China ihre massiven Kohlevorkommen nutzen. Daher brauchen wir die Technik, die CO₂ in die Erde einlagert, statt sie in die Atmosphäre abzugeben. Technische Demonstrationsprojekte und die Kartierung geeigneter Lagerstätten für CO₂ sind nach Ansicht von Michael Kauch daher mit Hochdruck voranzutreiben.

Zudem muss der rechtliche Rahmen für die CO₂-Abscheidung dringend geregelt werden. Die Richtlinie auf EU-Ebene muss noch in dieser Legislaturperiode des Europaparlaments verabschiedet werden. Dabei brauchen wir eine Vorschrift, dass alle neuen Kohlekraftwerke für die innovative Technik nachrüstbar sind. Die Richtlinie muss aber technologieoffen sein. Eine Pflicht zum Nachweis einer Lagerstätte lehnt die FDP ab, denn möglicherweise kann das abgeschiedene CO₂ auch anders umweltfreundlich genutzt werden - etwa für Biomasse-Anbau auf Algenbasis. Für notwendige CO₂-Pipelines von Kraftwerken zur Lagerstätten will die FDP das Planungsbeschleunigungsgesetz anwenden.

6) Michael Kauch auf Sommertour durch das Ruhrgebiet

Die Sommertour der FDP-Bundestagsfraktion erreichte im Juli auch das Ruhrgebiet. Begleitet vom Infomobil der Fraktion machte Michael Kauch in Dortmund, Herne und Dorsten Halt und suchte das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei gibt es vor allem um die Themen Energiepreise und Energiesparen, bei denen die FDP-Position auch medial kommuniziert werden konnte. Tatkräftige Unterstützung erhielt Michael Kauch bei seinen Besuchen jeweils von den lokalen FDP-Mitgliedern und zahlreichen Kommunalpolitikern. Dafür nochmals herzlichen Dank!

7) Aktuelle Pressemitteilungen

Im Folgenden erhalten Sie eine Übersicht der Pressemitteilungen, die Michael Kauch als Abgeordneter in den vergangenen Wochen herausgegeben hat. Die vollständigen Texte finden unter www.michael.kauch.de in der Rubrik Presse-Lounge/Pressemitteilungen.

- 25.07.2008 KAUCH: Bundesregierung muss Kommunen und Städten bei der Feinstaubbekämpfung helfen
- 23.07.2008 KAUCH: Berliner Polizeipräsident geht zu Recht gegen Diskriminierung in der Polizei vor
- 13.07.2008 KAUCH: Erneuerbare Energien zu einem zentralen Projekt der Mittelmeer-Union machen
- 09.07.2008 KAUCH: G8-Gipfel mit magerem Klima-Ergebnis
- 04.07.2008 KAUCH: FDP fordert mehr Toleranz und die volle Gleichstellung Homosexueller
- 03.07.2008 LEUTHEUSSER-SCHNARRENBARGER / KAUCH: Strafrecht zur Sterbehilfe reicht aus
- 30.06.2008 KAUCH: G8+5-Parlamentarier fordern Klima-Entscheidung bei G8-Gipfel
- 27.06.2008 KAUCH: FDP fordert mehr Toleranz und die volle Gleichstellung Homosexueller
- 25.06.2008 KAUCH/MEIERHOFER: Kohlenutzung muss klimaverträglich werden

- 25.06.2008 KAUCH: Absurde Argumente zur Debatte des Patientenverfügungsgesetzes
20.06.2008 KAUCH: FDP initiiert Bundestagsbeschluss für bessere Klimaschutzprojekte im Ausland
18.06.2008 KAUCH: Zweites Klimapaket der Bundesregierung zwischen Untätigkeit und Abzocke

Impressum

Michael Kauch, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-70535
Fax: 030/227-76535
E-Mail: michael.kauch@bundestag.de
Web: www.michael-kauch.de

Sollten Sie zukünftig keinen Newsletter mehr erhalten wollen, schreiben Sie doch bitte eine formlose Email an folgende E-Mail-Adresse: michael.kauch.ma03@bundestag.de